

vor den Massen diese Tatsache zu verhehlen. Die SPD und die KPD werden dafür sorgen, daß die Arbeiter in den Betrieben die Durchführung des kommunistischen Antrages durch Organisation der Wirtschaftskämpfe selbst in die Hand nehmen.

### Kulturfaschismus und Diktaturverordnung am Pranger

Die weiteren Verhandlungen in der Plenarsitzung des Landtages beschäftigten sich mit Anträgen zur Frage der Gottlosenbewegung und vor allen Dingen mit der Diktaturverordnung Hindenburgs und ihrer verhängten Durchführung durch die Schiedsregierung. Noch einer mühsamen Debatte des Volksparteitags und Stahlhelms Diekmann, der die schärfste Maßnahmen gegen die Gottlosenbewegung und den „Kulturfaschismus“ fordert, begründet

#### Genosse Sindermann

die Anträge der kommunistischen Fraktion. Nachdem er sich mit der Forderung des Kulturfaschismus gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und den Marxismus auseinandergesetzt hatte, und das Pfaffenstum aller Religionen als Hort und Stütze des herrschenden Klassenregimes gekennzeichnet hatte, forderte er die Aufhebung der Gottlosigkeitsparagrafen, eine Kampferklärung der Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen. Die Aufhebung von Elternvereinsbestimmungen bei der Elternratswahl durch die Polizei mit der Begründung, sie sei eine politische Veranstaltung als Glied des allgemeinen schiedsgerichtlichen Kulturfaschismus als Glied des allgemeinen schiedsgerichtlichen Kulturfaschismus der herrschenden Klasse, die Millionen von Kindern ausbeutet und elend werden läßt, die imperialistische Kultur zu tun. Im Gegenzug dazu zeigt der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung im Sozialismus, wie wir die Kultur unter der Masse gebracht wird. Genosse Sindermann wendet sich nunmehr den Diktaturverordnungen zu, die das Produkt des verzerrten Rechtskämpfes des verfallenden kapitalistischen Systems darstellen. Faschismus ist der Aukt der herrschenden Klasse. Brünning ist der Exekutor der Durchführung der faschistischen Diktatur, und die sozialdemokratischen Führer haben ihn und damit dem Faschismus den Weg geebnet. Das beweist auch die Stützung der Schiedsregierung durch die schiedsgerichtlichen Sozialdemokraten. Schieds-Kurs ist kein anderer als der Brünning, der erweist sich auch bei der Durchführung der Diktaturverordnung. Das beweist die Demonstrationen der Arbeiter gegen Elternvereinsbestimmungen, Schiedsmaßnahmen Anmelde einer Veranstaltung. Das gleiche gilt für die Anmelde von Dresdner Studenten. Einmal ist ein Reaktor der Einzell, die Abhaltung einer Bezirksleitungssitzung der SPD in Dresden zu verhindern. Dieser unerhörte Versuch konnte damals erst nach langen Auseinandersetzungen abgeklappt werden. Wir Kommunisten verlangen:

die Aufhebung der Diktaturverordnung, sofortige Anweisung an die Polizei, die Einhebung von Kostengebühren bei der Anmeldung von Veranstaltungen und Flugblätter sofort einzustellen und die bereits eingezogenen Gelder zurückzugeben. Freigabe der Transparente von den Bestimmungen der Diktaturverordnung, Unterbindung von polizeilichen Willkürmaßnahmen gegen die Organisationsorgane und bei Flugblattausgaben.

Wir Kommunisten denken aber nicht daran, uns mit solchen parlamentarischen Vorstößen zu begnügen. Wir werden darüber hinaus durch den Tageskampf und die Massenmobilisierung um Arbeit, Brot und Freiheit nicht nur die Diktaturverordnung niederringen, sondern den gesamten Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat ein Ende bereiten.

Die Rede des Genossen Sindermann wird ebenfalls mit lautem Beifall und Handklatschen auf der Tribüne aufgenommen.

Die Regierung läßt sich unter dem Eindruck des kommunistischen Vorstoßes nicht durch zwei Minister vertreten. Zuhilfenahme des Staatsorgans eine öffentliche Verteidigungsgesellschaft für das Pfaffenstum, solidarisiert sich mit dem Diekmannschen Scharfmacherantrag gegen die Gottlosigkeitsparagrafen. Der Innenminister Richter verliert mit einigen lauten Ausreden die Haltung der Volksorgane zu verteidigen, wobei er zugibt, daß die Gebührenhebung unzulässig ist. Den Höhepunkt seiner Ausrede bildet die Erklärung, daß die Regierung bis heute noch nichts von der Behinderung der Bezirksleitungssitzung in Dresden erfahren habe.

Im weiteren Verlauf der Debatte rechnet Genosse Mählig noch einmal mit dem Kulturfaschismus ab und enthält die kritische Rolle der Kirche an Hand drastischer Beispiele. Die revolutionäre Arbeiterbewegung wird ihre Aufklärungskampagne zum Massenaustritt aus der Kirche verhängt weiterführen.

Nachdem Edel eine mündelmeiche Rede gehalten hat, in der er es fertig bringt, den kommunistischen Antrag wegen Behinderung der Bezirksleitungssitzung als „unzulänglich begründet“ zu erklären, legt der KPD-Studentenkomitee ein glühendes Zeugnis zu Pfaffenstum und Kirche ab, und stimmt dem Antrag Diekmann zu. Damit erweisen sich die Nazis und das von der SPD geführte Schieds-Kabinett als Vorkämpfer des Pfaffenstums.

#### Die Abstimmen ergeben

Annahme des volksparteilichen Scharfmacherantrages gegen die Gottlosigkeitsparagrafen durch Einheitsfront von Nazis die zur Staatsparität und Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung der Gottlosigkeitsparagrafen.

Der kommunistische Antrag, die Aufhebung der Diktaturverordnung zu fordern, wird mit großer Mehrheit angenommen; ebenso der KPD-Antrag auf Aufhebung der Kostengebühren bei Veranstaltungsanmeldungen und Rückzahlung der dafür schon bezahlten Gelder durch die Polizeistellen.

Gleichfalls angenommen wird der KPD-Antrag, wonach öffentliche Elternvereinsbestimmungen ebenso wie alles Wahlmaterial nicht anmeldepflichtig sind. Zum Schluß kann sich die SPD (noch nicht) entscheiden, den Antrag gegen die unerhörte Behinderung der Bezirksleitungssitzung der SPD in Dresden durch den sozialfaschistischen Aukt zu bringen mit der fadenheuligen Begründung, der Antrag sei „unzulänglich“ motiviert. Den kommunistischen Antrag auf Freigabe der Transparente verhängt die SPD darüber, daß sie ihn mit der Abänderung, soweit sie nicht gesetzliche Bestimmungen verletzen“ verhängt. Auch hier dient die SPD dem faschistischen Kurs Schieds und Brünning.

Wegen vorgeschrittener Zeit wird die Behandlung des letzten Punktes, der sich mit der Wohlfahrtsstützung in Leipzig beschäftigt, auf die nächste Sitzung verlegt, die am Donnerstag um 11 Uhr stattfindet.

## Flugzeuge gegen Zertiler!

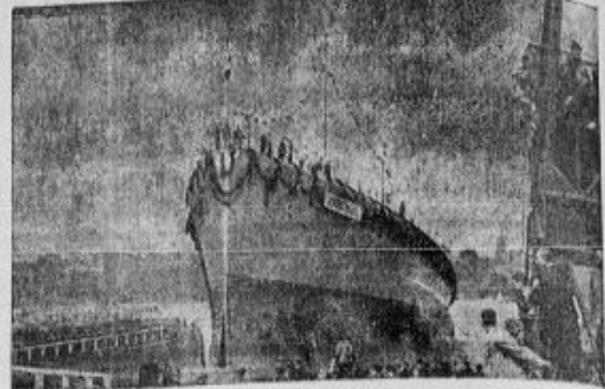
Paris, 20. Mai. (Eig. Draht.)

Der Streik der 120 000 Textilarbeiter in Nordfrankreich nimmt an Ausdehnung zu. Er beginnt bereits die übrigen Arbeiterkreise mitzureißen. So sind die Bergarbeiter in Bruan in einen 24stündigen Solidaritätsstreik eingetreten. Es ist damit zu rechnen, daß für nächsten Donnerstag im gesamten nordfranzösischen Kohlenrevier ein 24stündiger Proteststreik durchgeführt wird. Die Straßenbahn der Hauptstadt, einen Tagelohn für die streikenden Textilarbeiter abzuführen. Die Regierung rükt zu großzügigen Bürgerkriegsmaßnahmen. So sind in der Nähe des belagerten Gebietes große Gasübungen angeordnet worden. Fernerhin werden Wägen geübt, die fliegenden Textilarbeiter einzunehmen. Flugzeuggeschwader sind nach dem belagerten Gebiet abkommandiert worden.

# Aufregung bei Panzerkreuzer-Rummel

Der Kreuzer reißt sich vorzeitig los — Reichsbanner in der Kriegsfront

In dem gelagerten kriegspolitischen Rummel bei der Taufe des Panzerkreuzers A in Kiel, nahmen neben Hindenburg, Brüning, Groener und Vertretern des Großkapitals wie Cuno, Forst, Borch, sowie des Stahlhelms, und zahlreicher Arbeitervereine auch führende Sozialdemokraten teil, wie Koff, Hamburg, und eine Abordnung des Reichsbanners. Die Bresener Regierung SPD-Fraun hatte einen Vertreter entsandt. Während der Rede Brünings ereignete sich ein peinliches Vorfall, das dem ganzen Rummel einen Stoß verleiht: Mitten in der Rede Brünings riß sich der Panzerkreuzer los und glitt ins Wasser. Die Bourgeois waren alle verblüfft und bestürzt, Brüning sammelte ein paar Worte, dann schob man Hindenburg vor; der konnte die Gefährliche nicht mehr an der Schiffswand gescheitern, die Klöße fiel in den Sand und Hindenburg rief in die blaue Luft — der Panzerkreuzer war bereits weit im Wasser —: „Ich taufe Dich Deutschland.“ Es gab große Aufregung. Ob hier die KPD und die Arbeiter ihre Hand im Spiel haben? Ob der Panzerkreuzer es jetzt hätte, sich von der Bourgeoisie dirigieren zu lassen, sei dahingestellt. Der gelagerte Tag der Demonstration der deutschen Imperialisten, besonders



Der Panzerkreuzer hault ab ...

gegen die KPD, der Tag der Panzerkreuzertaufe der SPD ein Affen an die Bolschewisten, mit der KPD verknüpft gegen die imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der KPD aufnahm.

# „Linter“ Betrug an den Metallarbeitern

Brüning wird angebettelt / Die Prozentmanöver der Bonzen

Dresden, den 20. Mai.

Die Empörung der Metallarbeiter über den niederträchtigen Lohnraubhof der schiedsgerichtlichen Metallindustriellen, veranlaßte das SPD-Mitglied von Dresden einmal einen Epigramm zu bringen, in dem das Hungergeheiß der Metaller geschildert wird. Der KPD gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, wird in diesem Artikel einmal in „Kadibolschismus“ gemacht. Tatsachen, die von der Arbeiterklasse an zahllosen Beispielen seit Jahren geschildert sind, machen gelten von der Volkszeitung bestätigt werden. Das Metallarbeitergeheiß ist geradezu ungeheuerlich und ein noch weiterer Lohnraub wird zur absoluten Verleumdung, die jede Widerhandlung für lange Zeit brechen muß, führen.

Die Metallarbeiter wissen aus früherer Erfahrung, daß die reformistische Bürokratie die Halberungsstiftung betreibt. Wenn die Arbeiter Lohnforderungen stellen, kam immer die Hälfte als „Erfolg“ heraus. So gab es bekanntlich 1929 den berühmten „Wellingshäuser“. Jetzt, während der Lohnraubhof der Unternehmer, wird die Halberungsstiftung in umgekehrtem Verhältnis betrieben. Den Unternehmern wird von den Lohnraubforderungen die Hälfte von den Bonzen bewilligt und das berühmte „Keinere Redel“ wird abermals als „Erfolg“ angepriesen. So bei der letzten Lohnbewegung in der Metallindustrie an der Jahreswende. Gerade diese Politik der Bonzen ist es, die den Empörung der Metallarbeiter in den Betrieben hervorruft. Wenn in der Generalversammlung des DMB der „Linter“ Enge sich „gegen“ die Halberungsstiftung wandte, so nur, um die Empörung der Arbeiter aufzulockern.

Das SPD-Mitglied bringt deshalb gerade im jetzigen Moment diesen „Linter“ aufgeklopften Trüffel, um in den Arbeitern die Hoffnung zu erwecken, daß jetzt eine Wendung in der Lohnpolitik

her DMB-Bürokratie einleiten werde. Der Schluß des Artikels zeigt aber den unerhörten Betrug an den Arbeitern. Die Bonzen lügen!

„Für das Reich, das bereits 1 1/2 Milliarden Defizit aufweist, muß weiter erheblicher Ausfall an Lohn- und Umsatzen, Verminderung der Beitragseinnahmen für die Sozialversicherungsgesetze und damit erst recht Gefahr für die Staatsausgaben leicht entstehen.“

In Würdigung der allgemeinen Erbitterung von der Arbeiter, Angeleiteten und Beamten auf Grund der langjährigen Arbeitslosigkeit und sich unerhörten Angriffen auf ihre Lebenshaltung erfolgt hier, wie erwartet werden, daß der Reichsheimatminister keine wiederholte gegebenen Versprechen einzeln alles aufbietet, um mindestens die jetzige Kaufkraft der Löhne zu erhalten.“

Die Hauptfrage der Dresdner Volkszeitung ist die Aufhebung der Diktaturverordnung Brüning, der Bestand des kapitalistischen Staates. Deshalb der Appell an den Reichsheimatminister.

Gibt es für die Metallarbeiter, für das schiedsgerichtliche Brünning überhaupt eine Möglichkeit, den Unternehmerngeheiß zu begrenzen? Es gibt die Möglichkeit! Das ist die Mobilisierung der Metallarbeiter gegen die kapitalistischen Lohnraubherren ihrer Hellscherer. Einheitliche Widerstandskampagne unter Führung der SPD und KPD. Streikleitung in allen Betrieben, in jederzeit jeden Lohnraub mit sofortigem Streik zu beenden. In dieser Mobilisierung geht es, in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die „Linter“ Betrugsmaschine der sozialfaschistischen Bürokratie Front zu machen.

# Oldenburg im Spiegel der „Linter“

Böchel geküßt: SPD ist mit verantwortlich an Massen-Verleumdung

Die Oldenburger Wahlen haben auf die sozialdemokratischen Arbeiter wie ein Alarmglocke gemerkt. Sie beginnen zu erkennen, daß die SPD im Zeichen des Niederganges steht und durch ihre Verbundenheit mit der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und durch die revolutionäre Mobilisierung der Kommunisten ihr Massenverfall liquidiert wird. Das ruft besonders die „Linter“ SPD-Führer auf den Plan, die, wie immer in solchen Situationen, in sehr harten Worten und mit schmerzlichen Geständnissen die Wahlen der schiedsgerichtlichen SPD-Arbeiter wiederum an die Partei zu binden versuchen. So nimmt der Vorsitzende der schiedsgerichtlichen Landtagsfraktion der SPD, Karl Böchel, in der Chemnitzer Volksstimme das Wort, um folgende Behauptungen zu machen:

„Im proletarischen Lager aber, wo die Grenzen schärfer abgeleitet sind und die politische Überzeugungstreue härter lumbiert ist, vollzieht sich ein Vorgang, der uns mit harter Sorge erfüllen muß: eine Abwanderung unserer Wähler nach links zu den Kommunisten.“

Es ist sehr verständlich, daß das, was die Klassenbewußte Arbeiterklasse mit Genugtuung erfüllt, die Stärkung der neuen Sozialfront des Klassenkampfes, für Herrn Böchel Ursache harter Sorge sein muß. Warum es Herrn Böchel in Wahrheit geht, mag demnächst folgender Sach:

„Und in Konsequenz dieser zahlenmäßigen Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses (d. h. der Abwanderung der sozialdemokratischen Wähler zu den Kommunisten) d. Redaktion) erhebt sich die große Gefahr, daß alle Opfer der Sozialdemokratie unsonst gebracht worden sind und daß am Ende dieser Entwicklung die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus allen Machtpositionen steht.“

Charakteristisch ist gerade hierbei, daß dieser „Linter“ die Volkszeitungspolitiken, die Parteiveranstaltungen im kapitalistischen Staatsapparat als „Machtpositionen“ bezeichnet und daher gerade darum bangt, daß diese „Machtpositionen“ der SPD auf Grund ihres schwindenden Einflusses von der Bourgeoisie abgenommen werden. Schließlich entlarvt sich Herr Böchel folgendes Geständnis, das allerdings westwärts genug ist, um es der dritten Arbeiteröffentlichkeit bekanntzugeben:

„Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen, die uns jagt, daß mit dieser Politik der Reichstagsfraktion keine neuen Rollen gewonnen werden können. Die festlichste Organisation der Partei können durch ihren Kulmarck eine zeitlang das politische Kräfteverhältnis in der Kammer halten, aber sie können nicht verhindern, daß die vom Hunger getroffenen Massen sich gegen die Politik wenden, die Schuld an der Verleumdung ist und die von der Reichstagsfraktion verantwortlich mit getragen wird.“

Am Schluß seines Artikels küßt Böchel die Frage an die „Schieds“:

„Was wird werden, so fragt er, „wenn wir — wie in Oldenburg so hart geschwächt werden, daß Herr Brünning sich keine politischen Kräfte auf die Sozialdemokratie keine Möglichkeit mehr zu nehmen brauchen? Die Wahlen in Oldenburg wohnen zur Umkehr, ehe es zu spät ist.“

Damit hat Herr Böchel viel gesagt. Aber nicht nur die Funktion der offiziellen SPD-Politik, sondern auch der „Linter“ Inhalt kommt darin zum Ausdruck. Herr Böchel will „Umkehr“ vorstellt? Ist vielleicht die Umkehrführung zur Erhaltung des Schieds-Kabinetts durch die SPD-Kontingentsaktion in Sachsen etwas anderes als die politische „Umkehr“? Brünning im Reich? Wenn Herr Böchel angeht, seiner Politik die schiedsgerichtlichen SPD-Arbeiter verteidigen will auf den Leipziger Parteitag, so enthält schon der Inhalt die ganze Erfolglosigkeit dieser Politik. Die SPD-Arbeiter wissen, was ihre kommunistischen und parteilosen Klassenorgane — ihre Führer aber Lügen, Brot- und Jammwörter, denen die Arbeiter raubaktion ... In dieser Tatsache werden auch die Arbeiter der „Linter“ Demagogie schiffbruch erleiden. Die Mobilisierung der Arbeiter der kommunistischen Partei, der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, wird den breiten Massen der SPD-Arbeiter die Augen öffnen und sie in einer Einheitsfront im Kampf führen gegen das kapitalistisch-faschistische Hungergeheiß Brünning und Schieds und alle seine Helfershelfer.

## NSD-Siege bei der Post

Bei dem Postamt Birmo-Stadt erhielten die NSD 7, SPD 1 und DGB 2 Stimmen. Für Birmo-Land: NSD 5 und SPD 1 Stimmen. Die NSD stellte erstmalig eine rote Karte auf.

Nazi-Franzen über 500 Arbeitervertretern ins Gefängnis. Die Eltern, deren Kinder am 11. und 12. April dieses Jahres an Schulstreik der weltlichen Schule in Braunshweig teilgenommen haben, erhielten letzten Strafbefehl, nach denen sie eine Strafe von je drei Tagen antreten müssen.

Es handelt sich um insgesamt 350 Vater und Mütter, die nunmehr auf Befehl des Reichsheimatministers ins Gefängnis gehen. Es ist merkwürdig, daß die früheren religiösen „Schulstreik“ der Arbeiter nur eine Geldstrafe von 2 Mark verhängt wurde, es ist hier um Protesten handelt, weil Herr Franzen jedoch aus seiner logischen Gefinnung heraus diese vor unzulässigen Strafen bewahren. Ins Gefängnis mit ihnen darf. Das ist praktischer Nationalsozialismus.

Ein empör...  
Sechsjähr...  
Am 11. d...  
berg bei B...  
schreibt Red...  
wohnungen...  
men auf...  
Berg nur ei...  
Brot hatte...  
zur Stelle...  
laube, das...  
Weise ent...  
Bei diejem...  
Der ab...  
Familie We...  
in der...  
unter Ein...  
burden jeh...  
Kommunist...  
Ergrünte...  
Straßenber...  
nach im vol...  
Erhalten jeh...  
bittet sich...  
betriet, als...  
de hren n...  
die Volksp...  
woon keine...  
Männer V...  
Worten an...  
wamt o h...  
anderen Tag...  
kommen...  
abgebrannt...  
Inter...  
Kunste Wör...  
ist darüber...  
wenn, anst...  
wies zu d...  
Mehle...  
der frei...  
Forschun...  
Am Lau...  
teilen in...  
den weiden...  
honsabstie...  
habes und...  
Schürfbel...  
Unterneh...  
mer, die in...  
No und...  
den Geräte...  
Der...  
Belm...  
Kugel auf...  
Ergebnis...  
wies er le...  
Ermehrliche...  
Belangliche...  
wertung.“  
Gewalt...  
von Herr...  
Härte zum...  
Richtig...  
ein Befehl...  
in der...  
Bogen de...